



HESSISCHER LANDTAG

09. 07. 2020

Kleine Anfrage

Volker Richter (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD), Arno Enners (AfD)

vom **05.03.2020**

Die drohende Unterbrechung von Produktions- und Zuliefererketten infolge des Ausbruchs des Corona-Virus – Teil I

und

Antwort

Minister für Soziales und Integration

Vorbemerkung Fragesteller:

Infolge des flächenmäßigen Ausbruchs des Corona-Virus und der daraufhin aufgrund von erkrankungsbedingten oder quarantänebedingten Betriebsschließungen und Arbeitskräfteausfällen vielfach ausgebliebenen Warenproduktionen und Warenauslieferungen ist die Wirtschaftsaktivität in den von dem flächenmäßigen Ausbruch des Corona-Virus betroffenen Staaten z.T. massiv beeinträchtigt oder gar in Teilen gänzlich zum Erliegen gekommen.¹ Traten diese Beeinträchtigungen und Einbrüche in der Wirtschaftsaktivität zunächst nur in dem Ursprungsland des Corona-Virus selbst – der VR China – auf, so erstrecken sich diese nunmehr auf sämtliche Staaten, in denen dieser Virus flächenmäßig zum Ausbruch gekommen ist. Angesichts der Stellung vieler der von einem flächenmäßigen Ausbruch des Corona-Virus betroffenen Staaten als wirtschaftsstarke Exportländer – wie insbesondere der VR China als führende Exportnation selbst – müssen die benannten Beeinträchtigungen und Einbrüche in der Wirtschaftsaktivität der betroffenen Staaten zwangsläufig Engpässe oder gar Unterbrechungen in globalen Produktionsketten und Zulieferketten für weiterverarbeitende Unternehmen und Endanbieter nach sich ziehen.²

Im Besonderen gilt dies für den Bereich der Pharmaindustrie: Von den Beeinträchtigungen und Einbrüchen in der Wirtschaftsaktivität erfasst sind u.a. in China ansässige Produktionsstätten, von welchen aus Grundstoffe und Wirkstoffe für die Erzeugung von z.T. überlebensnotwendigen Medikamenten hergestellt und sodann an weiterverarbeitende Pharmaunternehmen außerhalb Chinas – wie insb. in Staaten der EU – zugeliefert werden. Hervorzuheben ist hierbei, dass die im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte erfolgte Errichtung der betreffenden Produktionsstätten in China unter der weitgehenden Schließung entsprechender, als unrentabel geltender Unternehmen in Ländern außerhalb Chinas, wie auch in Deutschland und im Bundesland Hessen, erfolgte – wonach die in China konzentriert ansässigen Produktionsstätten für die Erzeugung von Grundstoffen und Wirkstoffen zur Medikamentenherstellung nunmehr die weltweit z.T. einzigen noch bestehenden Zuliefererbetriebe für jene Grund- und Wirkstoffe darstellen.³ Ferner bleibt zu beachten, dass die in Rede stehenden Grundstoffe und Wirkstoffe v.a. auch für die Herstellung von Medikamenten zur Behandlung von Symptomen des Corona-Virus selbst erforderlich sind. Vor dem Hintergrund dieser Umstände ist langfristig auch für das Bundesland Hessen mit einer drohenden Verknappung lebensnotwendiger Medikamente wie auch von Medikamenten zur Behandlung von Symptomen des Corona-Virus selbst zu rechnen.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. In Bezug auf welche Medikamente und Medikamentenwirkstoffe ist im Bundesland Hessen mit einer Verknappung/einem Mangel aufgrund der in den vom Ausbruch des Corona-Virus betroffenen Staaten, wie insb. der VR China, zurzeit eingeschränkten bzw. z.T. gänzlich ausgebliebenen Produktion der zur Medikamentenherstellung erforderlichen Grund- und Wirkstoffe zu rechnen? (Bitte tabellarisch nach einzelnen Medikamenten und Medikamentenwirkstoffen sowie in der jeweiligen Höhe der zu erwartenden Einbußen in der Verfügbarkeit der jeweiligen Medikamente und Wirkstoffe in absoluten Zahlen sowie prozentualen Anteilen gemessen an der üblichen Verfügbarkeit gesondert darstellen)
- Frage 2. Bei welchen der unter dem Punkt 1. erfragten Medikamente und Wirkstoffe handelt es sich um solche mit unmittelbar lebenserhaltenden Charakter für die betreffenden Konsumenten und Patienten?

¹ „Chinas Industrie bricht massiv ein“, abrufbar unter <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Chinas-Industrie-bricht-massivein-article21610473.html>

² vgl. „Weltwirtschaft: Flut an Gewinnwarnungen – Coronavirus wird zum Konjunkturkiller“, abrufbar unter <http://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/weltwirtschaft-flut-an-gewinnwarnungen-%e2%80%93-coronavirus-wirdzumkonjunkturkiller/ar-BB10DY1?ocid=iempt>.

³ „Drohen Medikamenten-Engpässe?“, abrufbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/coronavirusmedikamenten-engpaesse-101.html>

Frage 3. Bei welchen der unter dem Punkt 1. erfragten Medikamente und Wirkstoffe handelt es sich um solche zur Behandlung von Symptomen des Corona-Virus?

Frage 4. Bei welchen der zur Medikamentenherstellung aus der VR China zugelieferten Grundstoffe und Wirkstoffe handelt es sich um solche, die in einst einer in Deutschland oder in dem Bundesland Hessen ansässigen Produktionsstätte hergestellt wurden, infolge einer in den vergangenen 30 Jahren erfolgten Schließung der betreffenden Produktionsstätte in Deutschland oder Hessen nunmehr nicht mehr hergestellt wird?

Die Fragen 1 bis 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Der Versorgung mit Medikamenten und pharmazeutischen Wirkstoffen kommt eine hohe Bedeutung zu. Sie obliegt in Deutschland traditionell nicht dem Staat selbst, vielmehr erfolgt die Versorgung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien durch verschiedenste am Wirtschaftsleben Beteiligte. Der Hessischen Landesregierung liegen keine Informationen zu möglichen tiefgreifenden Versorgungsengpässen aufgrund der Unterbrechung von Lieferketten für Medikamente und Vorprodukte trotz einer durch die Corona-Pandemie deutlich spürbaren Erhöhung der Nachfrage vor.

Frage 5. Anhand welcher Maßnahmen beabsichtigt man auf Seiten der hessischen Landesregierung einem drohenden Mangel an lebenserhaltenden Medikamenten entgegenzuwirken?

Frage 6. Anhand welcher Maßnahmen beabsichtigt man auf Seiten der hessischen Landesregierung einem drohenden Mangel an Medikamenten zur Behandlung von Krankheitssymptomen des Corona-Virus entgegenzuwirken?

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bereits zu Jahresbeginn hat die Hessische Landesregierung gemeinsam mit Rheinland-Pfalz im Bundesrat eine Entschließung eingebracht, um Lieferengpässe bei Medikamenten zu vermeiden (BR-Drs. 57/20). Baden-Württemberg und Brandenburg sind der Entschließung beigetreten. Ziel ist die Etablierung von Informations- und Austauschstrukturen zwischen Bund und Ländern, um die Gründe für Lieferengpässe und mögliche Maßnahmen zu ihrer Behebung systematisch zu ergründen. In einer global und arbeitsteilig agierenden Wirtschaft verbieten sich insoweit schnelle und sich vielleicht als voreilig erweisende Schlussfolgerungen.

Wiesbaden, 1. Juli 2020

Kai Klose